



**Für eine Stadt mit Zukunft.**

**Kommunalpolitische Leitlinien  
der SPD Neuss  
für die Jahre 2009 bis 2014**



Kapitel	Seite
<b>Für eine Stadt mit Zukunft</b>	<b>3</b>
<b>Für eine Stadt mit Lebensqualität</b>	<b>4</b>
<b>Für eine starke und attraktive City</b>	<b>5</b>
<b>Für starke und attraktive Stadtteile</b>	<b>8</b>
<b>Für eine Stadt der Wirtschaft und Arbeit</b>	<b>13</b>
<b>Für eine Stadt der Kinder und Familien</b>	<b>14</b>
<b>Für eine Stadt der gerechten Bildungschancen</b>	<b>15</b>
<b>Für eine soziale Großstadt mit Herz</b>	<b>18</b>
<b>Für die Generation 60plus</b>	<b>20</b>
<b>Für eine sichere und saubere Stadt</b>	<b>21</b>
<b>Für eine starke Demokratie vor Ort</b>	<b>22</b>
<b>Für eine umweltgerechte Stadt</b>	<b>23</b>
<b>Für Erholungs- und Grünflächen</b>	<b>24</b>
<b>Für eine Stadt der Kultur</b>	<b>24</b>
<b>Für eine Stadt des Sports</b>	<b>26</b>
<b>Für eine Stadt mit soliden Finanzen</b>	<b>28</b>

Zeit für was Neuss!  
Kommunalpolitische Leitlinien der SPD Neuss für die Jahre 2009 – 2014

Verabschiedet von der Mitgliederversammlung des SPD-Stadtverbandes am 16. Mai 2009

Herausgeber: SPD-Stadtverband Neuss \* Vorsitzender Benno Jakubassa (V.i.S.d.P.)  
Oberstraße 23 \* 41460 Neuss \* Tel.: (02131) 7 18 73-0 \* [www.spd-neuss.de](http://www.spd-neuss.de)



## **Für eine Stadt mit Zukunft.**

Neuss und seine Stadtteile sind lebens- und liebenswert. Wir leben gern in Neuss. Wir schätzen unsere selbstbewusste Heimatstadt mit ihrer großen Tradition in einer starken Wirtschaftsregion. Wir wissen um die Stärken unserer Stadt und der Menschen, die hier leben und arbeiten.

Die Herausforderungen an die Kommunalpolitik sind groß. Der demographische und gesellschaftliche Wandel, die Auswirkungen der Globalisierung und der aktuellen Weltwirtschaftskrise sowie die ökologischen Herausforderungen infolge heraufziehender Energiekrisen und des Klimawandels werden alle Lebensbereiche unserer Stadt treffen.

Diese Entwicklungen mit ihren sich rasch verändernden Rahmenbedingungen verlangen von uns, mit offenen Augen und zügig nach neuen Antworten und Lösungen zu suchen. Um eine gute Zukunft für unsere Heimatstadt ist uns trotzdem nicht bange, wenn wir jetzt mit Mut und Entschlossenheit die Weichen neu und richtig stellen und das Notwendige tun.

Unser Team mit dem zukünftigen Bürgermeister Reiner Breuer an der Spitze hat die richtigen Antworten auf die neuen Fragestellungen unserer Zeit.

Unsere Grundwerte – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität - sind und bleiben die Basis unseres politischen Handelns. Wir wollen die Politik in Neuss verantwortlich und verlässlich gestalten. Nahe bei den Menschen werden wir die Bedingungen guter Lebensqualität schaffen.

Wir stellen uns den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger, zeigen Perspektiven für eine gute Stadtentwicklung auf und kämpfen für Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit.

Wir wollen ein lebendiges Neuss, das den Menschen neue Chancen bietet, ihre Talente zur Geltung zu bringen, ihrem Beruf nachzugehen, ihre Freiheit zu nutzen, gut zu wohnen und sich selbst verwirklichen zu können.

Die Neusser CDU und der bisherige Bürgermeister sind auf die neuen Herausforderungen nicht vorbereitet. Innerlich zerstritten, kraftlos und ohne neue Ideen orientiert sich die CDU nur noch an ihrem eigenen Machterhalt.

Deshalb braucht Neuss jetzt einen kraftvollen und beherzten Neuanfang. Neuss braucht den politischen Wechsel. Die Neusser SPD ist gut dafür gerüstet.

**Neuss ist gut für Neues.**

**Es ist Zeit für was Neuss!**

Wofür wir stehen, welche Antworten wir auf die neuen Fragestellungen haben, wie wir Fortschritt und Menschlichkeit miteinander verbinden, das stellen wir in den kommunalpolitischen Leitlinien der SPD zur Diskussion.

## Für eine Stadt mit Lebensqualität

Das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, sozialer Lage und Lebensorientierung zu gestalten, ist die Aufgabe einer sozialen Stadtpolitik. **Leitbild unserer Politik ist die solidarische Stadt**, die alle Bewohnerinnen und Bewohner zu gestaltender Teilhabe am gesellschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Leben einlädt.

**Wir wollen ein lebendiges Neuss mit hoher Lebensqualität**, eine Stadt, mit der sich die Menschen identifizieren können, die sie als ihre Heimat wahrnehmen und die sie gestalten wollen, eine Stadt in der die Menschen sich umeinander kümmern und füreinander einstehten.

Wir wollen eine lebendige Stadt, die den Menschen Chancen bietet, ihre Talente zur Geltung zu bringen, ihrem Beruf nachzugehen, ihre Freiheit zu nutzen und sich selbst verwirklichen zu können.

Dabei erwarten die Menschen, dass die moderne Daseinsvorsorge eine kommunale Aufgabe bleibt. Die ideologische Politik des „Privat vor Staat“ gefährdet die kommunale Daseinsvorsorge und wird von uns Sozialdemokraten bekämpft. Wir lehnen privatwirtschaftliches Engagement nicht ab, aber **die öffentliche Verantwortung für die Daseinsvorsorge muss gesichert bleiben**. Das wird besonders deutlich bei der Versorgung mit Energie und dem wichtigsten Lebensmittel Wasser, im öffentlichen Personennahverkehr, bei der Entsorgung von Abfall und Abwasser und im Gesundheitsbereich. Städtische Unternehmen dürfen nicht diskriminiert werden. **Deshalb müssen die von der schwarz-gelben Landesregierung beschlossenen Einschränkungen im Gemeindefinanzrecht rückgängig gemacht werden.**

**Wir Neusser Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen wollen eine nachhaltige Entwicklung unserer Stadt, die den überschaubaren Charakter von Neuss und seinen Stadtteilen erhält**, aber offen für Innovation und städtebauliche Impulse ist. Statt auf bloßes Wachstum setzen wir auf Qualität. Stadtentwicklung muss sich auf integrierte Standorte konzentrieren und auf die Umwelt Rücksicht nehmen. Die notwendige Mobilität mit Auto, Bus, Bahn oder dem Fahrrad muss gewährleistet werden. Dazu dient auch die Einführung des Sozialtickets. Die Belange der Anwohner sind stärker zu berücksichtigen. Städte- und Wohnungsbau sowie Verkehrsplanung müssen strategisch vernetzt zusammengeführt werden. Ein Leitbild der Stadtentwicklung muss auf Basis fundierter Entwicklungsszenarien strategische Ziele für die Zukunft formulieren. **Das Stückwerk in der Stadt- und Stadtteilplanung muss ein Ende finden.**

Der Entwicklung von **Wohn- und Gewerbegebieten im Bestand** muss ein deutlicher **Vorrang** vor der Ausweisung neuer Bau- und Gewerbegebiete eingeräumt werden. Die zunehmende Alterung unserer Gesellschaft als Herausforderung anzunehmen heißt, in erster Linie **bestehende Wohngebiete aufzuwerten**, sie insbesondere alten- und familiengerecht sowie an neue Lebensstile angepasst zu gestalten. Vorhandene Baulücken sind durch ein **Baulückenprogramm** zu schließen und neues Bauland nur noch bei der Abrundung von Stadtteilen auszuweisen. Die Nutzung von Brachflächen an integrierten Standorten, wie z.B. an der vorderen Furth genießt höchste Priorität, z.B. zur Verbesserung des Wohnumfeldes durch Schaffung von Freiflächen. All dies ist bei der Aufstellung eines dringend erforderlichen **neuen Flächennutzungsplanes** zu berücksichtigen.

**Wohnen in Neuss muss preiswerter werden.** Ein „Masterplan Wohnen“ ist aufzustellen. Schon heute kann die Nachfrage nach preiswertem Wohnraum nicht befriedigt werden.

Wir wollen alle kommunalen Handlungsspielräume nutzen, um verstärkt sozialen Wohnungsbau anzubieten, die Wohnnebenkosten durch faire Preise und Gebühren der Stadt und städtischer Unternehmen zu senken und jungen Familien mit Kindern den Erwerb eines Eigenheims zu ermöglichen. In die Vermittlung von Wohnraum muss sich die Stadt Neuss aktiv und unentgeltlich einschalten. **Der soziale Wohnungsbau muss erhalten und intensiviert werden.**

Mit Erfolg hatte sich die SPD in der Vergangenheit dafür eingesetzt, dass die Verkehrsplanung insgesamt auf den Prüfstand kam. Im Jahre 2005 konnte endlich der von uns seit vielen Jahren geforderte **Verkehrsentwicklungsplan** (VEP) vom Rat der Stadt beschlossen werden. Bei der Umsetzung fordern wir eine gleichwertige Behandlung von ÖPNV und Individualverkehr sowie eine **bessere Vernetzung der Neusser Stadtteile u.a. durch eine Ringlinie sowie ein Nachtliniennetz**. Weitere Maßnahmen zur **Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur** sind erforderlich, um die in den nächsten Jahren weiterhin ansteigende individuelle Mobilität grundsätzlich zu ermöglichen. Wichtige Knotenpunkte und Hauptverkehrsstraßen müssen hierfür ausgebaut werden. Das Parkleit- und Wegweisungssystem ist zu optimieren, veraltete Signalanlagen müssen erneuert werden. Das Busliniennetz ist zu optimieren. Gegebenenfalls sind neue Linien zu planen und bedarfsgerechte Angebote (z.B. Taxi-Bus, Busschnellverbindungen zu den ausliegenden Stadtteilen zu Berufsverkehrszeiten) zur Ergänzung der öffentlichen Mobilität zu entwickeln.

Mit Nachdruck, aber möglichst im Konsens mit den für die Neusser Wirtschaft unverzichtbaren Unternehmen im Neusser Hafen, setzen wir uns für eine **Verringerung der Geruchsbelästigungen** insbesondere in der Neusser Innenstadt ein. Das erhöht die Lebensqualität und schafft Entwicklungspotenziale für die Neusser City. Wir werden weiterhin den intensiven **Dialog** mit allen Initiativen und Bürgern pflegen, die sich für eine **Verringerung** der Belastungen durch Lärm an Straßen und Schienen sowie **Fluglärm** einsetzen und gemeinsam mit ihnen nach Wegen suchen, wie ein Ausgleich der Interessen aller Beteiligten hergestellt werden kann.



## **Für eine starke und attraktive City.**

**Die Neusser City ist das lebens- und liebenswerte Zentrum der Stadt.** Sie verbindet das historische Erbe der Stadt mit einer Mischung aus Leben, Arbeiten, Einkaufen, Kultur und Erlebnis. Eine attraktive, urbane und lebendige Innenstadt ist das Aushängeschild einer jeden Großstadt.

Die Neusser City hat diese Potenziale, die bisher nur unzureichend genutzt werden. **Die Innenstadt steht vor großen Herausforderungen.** Die Neustrukturierung des Rheinpark-Centers wird den Wettbewerb von Gastronomie und Einzelhandel in der City mit Konkurrenz „auf der grünen Wiese“ ganz deutlich verschärfen und zwingt Einzelhändler, Immobilienbesitzer, Politik und Verwaltung als Partner, endlich mit einem Zukunftskonzept konkret abgestimmte Maßnahmen zu ergreifen.

Mit einer **„City-Offensive“** müssen die verantwortlichen Akteure folgende Handlungsfelder aufbereiten und mit konkreten Maßnahmen angehen:

### **1. Einzelhandel muss „Hausaufgaben“ machen**

Wie das Einzelhandelskonzept der Stadt Neuss belegt, ist zentrale Voraussetzung für eine positive Entwicklung der Neusser City, dass der stationäre Einzelhandel seine „Hausaufgaben“ macht. **Sortimente und Geschäftsausstattung, Gestaltung und Service** müssen aufeinander abgestimmt sein.

Kurzfristig müssen insbesondere die Öffnungszeiten in der Neusser City einheitlich festgelegt werden. Die Mitglieder des Neusser City-Treffs sollten sich zumindest über **Kernöffnungszeiten** verständigen. Diese müssen dann aber für die Kundinnen und Kunden transparent werden. Es ist nicht nachvollziehbar, dass an 80 Prozent der Geschäfte die Öffnungszeiten nicht erkennbar sind.

Das Erscheinungsbild und das teilweise historische Ambiente der City müssen auch vom Einzelhandel positiv unterstrichen werden. Die **Werbesatzung** der Stadt hat sich hierfür als wenig effektiv erwiesen, weshalb der Einzelhandel im Wege einer Selbstverpflichtung während eines abgegrenzten Zeitraums zu Verbesserungen kommen muss.

## 2. Eigentümer in die Pflicht nehmen

Die Eigentümer der Immobilien in der Neusser City müssen in die **Verantwortung für die Weiterentwicklung** der Innenstadt stärker einbezogen werden. Die Eigentümer der 322 in der City angesiedelten Einzelhandelsbetriebe müssen erkennen, dass nur das gute Erscheinungsbild ihrer Immobilie, ein gepflegtes und sauberes Umfeld sowie eine gesunde Mieterstruktur langfristig die Werthaltigkeit ihrer Immobilie sichert. Mit der Gründung der Zukunftsinitiative Neuss (ZIN) wurde hierzu ein erster wichtiger Schritt getan, dem weitere folgen müssen.

Die Eigentümer müssen **gemeinsam neue Wege gehen**, etwa durch Zusammenlegung kleiner Gewerbeflächen zu besser vermarktbareren und größeren Einheiten oder – dem Beispiel anderer Städte folgend – durch Einrichtung eines „Stützungsfonds“ für Mietausfälle zur Sicherung und Steuerung einer „gesunden“ Mieterstruktur.

Zur Einbeziehung der Eigentümer soll auch das neue Instrument der **Immobilien-Standort-Gemeinschaft** (ISG) herangezogen werden, wofür sich im ersten Schritt die Kreuzfelder Straße, aber auch die Münze, in Betracht kommen. Möglicherweise eignen sich hierzu auch einige Nahversorgungszentren in den Stadtteilen, wie z.B. das Ladenzentrum in Weckhoven oder am Lessingplatz in Norf. Zudem muss eine **Gestaltungssatzung** der Stadt dafür Sorge tragen, dass die historischen Fassaden der Immobilien im Neusser Hauptstraßenzug besser zur Geltung kommen können.

## 3. Stadtmarketing optimieren

Mit der Erweiterung der Neusser Tagungs- und Tourismus GmbH (NTTG) zur „Stadtmarketing-Gesellschaft“ der Stadt ist die formale und administrative Voraussetzung dafür geschaffen, dass Stadt, Kulturinstitute, Einzelhändler und Dienstleister der Neusser City auf Grundlage von zuvor festgelegten **Leitlinien** in eine **abgestimmte Imageoffensive** treten.

Die Beteiligten müssen sich schnell auf ein **stimmiges und vernetztes Werbekonzept** verständigen, das die Alleinstellungsmerkmale der Stadt herausstellt und die City zu einem (Einkaufs-) Erlebnis macht. Hierzu gehören neben der Organisation von geschäftsbezogenen Events (u.a. Hansefest) auch die Verbesserung der Orientierung und der Übersichtlichkeit in der Innenstadt.

## 4. Sicherheit und Sauberkeit verbessern

Sicherheit und Sauberkeit sind in Einkaufszentren „auf der grünen Wiese“ Markenzeichen, die auch die Innenstadt für sich in Anspruch nehmen muss, um konkurrenzfähig zu bleiben.

Die Sauberkeit in der Innenstadt konnte in den letzten Jahren etwas verbessert werden. Jedoch könnte das Erscheinungsbild der Straßen durch **das Heranziehen der Eigentümer und Einzelhändler** in die (Selbst-)Verantwortung noch optimiert werden.

Die Sicherheit ist im Kern der Innenstadt weitgehend gewährleistet. Die City ist kein Hort der Kriminalität, die einer Überwachung durch Videokameras bedarf. Dennoch kann die Sicherheit und das berechtigte Sicherheitsbedürfnis der Bürger durch die gute Arbeit des **Kommunalen Service-Dienstes** (KSD) deutlich verbessert werden. **Die Anzahl der Mitarbeiter des KSD** (derzeit nur vier für ganz Neuss) **muss deutlich erhöht werden**. So könnte der KSD auch mehr Service-Funktionen (z.B. „Stadt-Lotse) für die City und ihre Menschen übernehmen.

## 5. Stadtentwicklung – lebenswerte City

In der Stadtentwicklung müssen Politik und Verwaltungsspitze endlich ihre Hausaufgaben machen. Über mehrere Jahrzehnte hat die Ratsmehrheit Chancen für eine zukunftsfähige Entwicklung der Innenstadt vertan.

In der City muss sich auf absehbare Zeit ein neues **großes Einkaufszentrum** mit Strahlkraft für die gesamte Innenstadt etablieren. Bei der bisherigen Suche von Investoren wurde zu lange gezögert und taktiert oder auf das falsche Pferd gesetzt. Umso mehr sind besonders die bestehenden Einkaufszentren gefordert, in ihren Standort zu investieren.

Die Gestaltung des **Erscheinungsbildes des Hauptstraßenzuges und der Nebenstraßen** durch kleinere bauliche Maßnahmen wurde nur zum Teil begonnen (Konzept der „1000 kleinen Schritte“). Mit der Neugestaltung des Hauptstraßenzuges ist es dort aber zu deutlichen Verbesserungen gekommen. Auch der Markt, der Hamtorplatz und der Freithof verzeichnen eine städtebaulich positive Entwicklung, die von der SPD vorangetrieben wurde und an die angeknüpft werden muss.

Der **Freithof** könnte mit einem großen **Kinderspielplatz** zu einer Attraktion für Familien im Kern der City in direkter Nähe zum Marktplatz erweitert werden.

Die **„historischen Fundamente“** der Stadt müssen stärker in den Vordergrund gestellt werden. Die Stadteingangssituationen und die Stadtsilhouette müssen unter diesem Blickwinkel besser herausgearbeitet werden. Dies gilt insbesondere für den östlichen Eingangsbereich der Innenstadt am Kehlturn und der Stadtbefestigung.

Der **Neubau der Volkshochschule** am ehemaligen Omnibusbahnhof bietet hierfür eine große Chance, die ergriffen werden muss. Mit dieser Entwicklung müssen zugleich die Wegebeziehungen zur Münze und zum Rheinischen Landestheater nebst Parkhaus neu geordnet werden. Dabei soll die Stadtmauer am Kehlturn als Brückenfunktion zum Rheinischen Landestheater mit Vorplatz und dem Parkhaus genutzt werden.

Aber auch das **Quirinus-Münster** mit dem Münsterplatz muss über neue Wegebeziehungen erlebbar werden. Die Pläne zur Gestaltung eines neuen Wohnviertels auf dem Gelände der ehemaligen Münsterschule bieten sich hierzu besonders an. Auch die Nutzungsvielfalt auf dem Münsterplatz sollte erhöht werden.

Die **Heranführung der Stadt an den Hafen** ist überdies die größte Chance für eine Weiterentwicklung der Innenstadt. Die Planungen des Architekten Ingenhoven bieten hierfür eine hervorragende Grundlage, die zügig umgesetzt werden muss. Mittelfristig muss die Batteriestraße zumindest von Durchgangsverkehr befreit werden, damit die „Freizeitmeile“ am Hafenbecken I besser erreichbar und erlebbar wird. Der gesamte Verkehrsknotenpunkt am

Hessentor bedarf einer detaillierten Überarbeitung, auch um die Anbindung an den Rennbahn-Park zu verbessern.

## 6. Erreichbarkeit der Innenstadt sicherstellen

Die Erreichbarkeit der City für Fußgänger, Fahrradfahrer, den Öffentlichen Personennahverkehr und den Individualverkehr muss zum Teil deutlich verbessert werden, um im zunehmenden Wettbewerb konkurrenzfähig zu bleiben. Einkaufszentren wie das Rheinpark-Center zeichnen sich insbesondere dadurch aus, dass die Kunden dort bequem und kostenlos parken können.

Eine gute Anbindung der City an den **ÖPNV** ist mit der Bustrasse an der Promenade und der Fertigstellung der einspurigen Führung der Straßenbahn im Hauptstraßenzug verwirklicht worden. Die weitere Optimierung der Verkehrsanbindung streben wir an durch eine Fortführung der jetzt noch am Hauptbahnhof wendenden Straßenbahnlinie 709 bis Düsseldorf-Handweiser und durch eine langfristige Erschließung weiterer Neusser Stadtteile durch die Straßenbahn.

Für den **Individualverkehr** werden in der City genügend Parkplätze in Parkhäusern und in bewirtschafteten Parkbuchten vorgehalten. Im Verhältnis zu anderen Städten im Umkreis erscheinen die Parkgebühren der Höhe nach grundsätzlich auch angemessen zu sein.

Es ist vor dem Hintergrund des sich massiv verschärfenden Wettbewerbs durch das Rheinpark-Center jedoch zu überlegen, ob nicht eine Anpassung der Parkgebühren erforderlich ist. So wäre denkbar, dass **für die ersten zwei Stunden keine Parkgebühren** erhoben werden, wie es auch bei Einkaufszentren andernorts üblich ist. Diese Maßnahme könnte zunächst probeweise eingeführt werden, um die Auswirkungen auf den Parksuchverkehr zu erkunden.



### Für starke und attraktive Stadtteile.

**Die Zukunft der Stadt liegt in den Stadtteilen. Neuss hat mehr als eine Innenstadt.** Neuss kann Vielfalt und sozialen Zusammenhalt erst durch seine Stadtteile erlangen, die immer noch vernachlässigt werden. Für die Zukunft der Stadtteile sind eigene Entwicklungsprozesse erforderlich, die auf der Basis eines Leitbildes für die gesamte Stadt Perspektiven dafür aufzeigen, dass eine ortsnahe Versorgung und soziale Infrastruktur gewährleistet ist, die Eigenverantwortung der lokalen Akteure gestärkt und die Identifikation mit den Stadtteilen erhöht wird.

**Stadtteilentwicklungskonzepte müssen bestehende Stärken der Stadtteile stärken und erkannte Defizite abbauen.** In die Erarbeitung und Umsetzung von integrierten Entwicklungskonzepten für die Stadtteile sind die Bürgerinnen und Bürger, Schulen, Vereine Institutionen, der Einzelhandel und die örtliche Wirtschaft als aktive Partner mit einzubeziehen. Besonders diejenigen Stadtteile, in denen die gewachsenen sozialen Strukturen immer weiter auseinander brechen, brauchen große Aufmerksamkeit, zum Beispiel durch die Entwicklung von städtebaulichen Zielen, die soziale und wirtschaftliche Aspekte verbinden.

**In den Stadtteilen sind, auch in Kooperation mit bestehenden Einrichtungen, Stadtteilbüros einzurichten.** Sie sollen den Bürgerinnen und Bürgern, besonders älteren Menschen, alle Beratungs- und Hilfsangebote kommunaler und gemeinnütziger Träger gebündelt und bürgernah aus einer Hand, auch als Pflegestützpunkt anbieten. Dabei sollen die Stadtteilbüros als so genannte niedrigschwellige Anlaufstellen der Bürger für Anregungen, Beschwerden und vor allem des bürgerschaftlichen Engagements genutzt werden können. In kleineren Stadtteilen soll ein „fliegendes Stadtteilbüro“ die Dienstleistungen gewährleisten.



**Die soziale Infrastruktur in den Stadtteilen**, d.h. die Ausstattung mit Kindergärten, Schulen, Freizeit- und Kultureinrichtungen sowie Einrichtungen der medizinischen und pflegerischen Versorgung, muss **bedarfsgerecht, ortsnah** und auf Basis einer **verlässlichen Prognose der Entwicklung der Bevölkerungsstruktur** sichergestellt werden. In sozial benachteiligten Stadtteilen müssen Schulen, Kinderbetreuungs- und sonstige Einrichtungen besonders unterstützt und gefördert werden. Ausreichende Ganztagsangebote und die Sprachförderung müssen benachteiligte Kinder frühzeitig unterstützen.

Die Sicherheit und Sauberkeit in den Stadtteilen muss erhöht werden. Der **Kommunale Servicedienst (KSD)** muss personell verstärkt und **auch in den Stadtteilen** zum Einsatz kommen. Durch koordinierte Nachbarschaftshilfen kann die Sicherheit in einzelnen Wohngebieten erhöht werden.

Die Arbeit der **Bezirksausschüsse** als bürgernahes Gremium vor Ort hat sich grundsätzlich bewährt. Wir fordern aber einen **flächendeckenden Neuzuschnitt** der Bezirke für das gesamte Stadtgebiet und größere Entscheidungskompetenzen als bisher.

---

## Exemplarische Vorschläge und Forderungen für einzelne Neusser Stadtteile

### **Nordstadt**

Die Nordstadt, nur durch die Bahnlinie von der Innenstadt getrennt, ist mit ca. 40.000 Einwohnern der größte Neusser Stadtteil. Zur **Verbesserung der Lebensqualität in den Wohngebieten** ist ein deutliches Mehr an Sicherheit und Sauberkeit anzustreben, die Lärmschutzmaßnahmen entlang der Autobahn müssen ausgebaut werden. Die Schaffung, regelmäßige Pflege und Instandhaltung von ausreichenden Spielplätzen und Freizeitflächen für alle Generationen ist ein weiterer Schritt. Die **Freifläche des Nordparkbades soll nach dem Umbau mit seinem Außengelände und dem alten Baumbestand erhalten** und der Bevölkerung zugänglich gemacht werden.

Für gerechtere Bildungschancen benötigen wir auch in der Nordstadt dringend mehr Ganztagsbetreuung. **Ein integriertes Ganztagsystem könnte durch die Errichtung einer dritten Neusser Gesamtschule auf dem Gebiet der Nordstadt gewährleistet werden.**

Sozialer Zusammenhalt und Integration werden durch den Sport in besonderer Weise gefördert. Ein vorbildliches Beispiel ist die **SVG Weissenberg**, in der über 200 Kinder und Jugendliche aller Nationalitäten gemeinsam Fußball spielen. Die Platzkapazitäten sind hier aber schon lange ausgeschöpft, außerdem **fehlt ein Allwetterplatz**.

Möglichkeiten und Qualität des Einkaufens in der Nordstadt werden nicht zuletzt aufgrund der lang gestreckten Straßenführung erschwert. Ein hoher Leerstand sowohl auf der mittleren als auch auf der südlichen Furth belegt diese Problematik. Die SPD fordert ein entsprechendes **Einzelhandelskonzept** zur Verbesserung der Einkaufssituation.

Der öffentliche Personennahverkehr ist den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger besser anzupassen. So sollten z.B. ältere Menschen in Vogelsang die Möglichkeit erhalten, rund um den Sebastianusplatz einkaufen zu können. Das ist bislang mit dem ÖPNV nicht möglich. **Deshalb ist eine erweiterte Linienführung der Buslinie 854 erforderlich.**

Die SPD strebt die Errichtung eines **Stadtteilbüros** an, in dem die Bürger der Nordstadt, Beratungs- und Hilfsangebote in Anspruch nehmen können.

## Gnadental

Gnadental, mit über 5.000 Einwohnern rund um die Erftmündung, ist eigentlich der älteste Stadtteil von Neuss. Denn hier bauten die Römer schon vor über 2.000 Jahren ihr Legionslager Novaesium, dem die Stadt ihren Namen verdankt.

Ehemals Grünwegsiedlung genannt, sind die Straßen des Ortsteils auch heute noch grün umsäumt und die vielen Vorgärten und Gärten liebevoll bepflanzt und gepflegt.

Die lockere Bebauung bietet den Menschen, die hier wohnen viel Lebensqualität. Schnell ist man umweltschonend mit dem Rad in der Stadt. Leider endet z.B. der Radweg Nixhütter Weg plötzlich und unerwartet. Kind und Kegel muss auf die Straße ausweichen. Die SPD fordert dringend einen Lückenschluss. **Die Radwegeverbindung über die Erft nach Erfttal ist in einem schlechten Zustand und muss erneuert werden.**

Das Erscheinungsbild des **Ladenzentrums** ist inzwischen „in die Jahre gekommen“. Der „Charme der 60er Jahre“ ist nicht zu übersehen, und erster Leerstand ist entstanden. **Die SPD vor Ort setzt sich für die Sicherung der Nahversorgung und für eine attraktive Ortsmitte ein.** Dazu ist eine neue Gestaltung der öffentlichen Flächen dringend notwendig.

Auch an den beiden Schulen von Gnadental nagt der Zahn der Zeit. Wir fordern: **Die begonnene Sanierung der Gemeinschaftsgrundschule St. Konrad muss zeitnah fortgeführt und vollendet werden.** Sie darf nicht, wie von der Schulverwaltung geplant, auf spätere Jahre verschoben werden. Die Hauptschule Gnadentaler Allee mit engagiertem Lehrerteam, integrativen Fördergruppen und vielfältigem Schulprogramm stammt ebenfalls aus den 60er Jahren. Klassenräume, Fachräume, Fenster und Toiletten bedürfen dringend der Erneuerung.

## Grimlinghausen

In den letzten 20 Jahren hat sich die Einwohnerzahl von Grimlinghausen von ehemals 4.000 auf inzwischen fast 8.400 Menschen mehr als verdoppelt. **Für uns sind damit die sozial und ökologisch zu verantwortenden Möglichkeiten des Stadtteils mehr als ausgereizt.**

**Die SPD lehnt deshalb alle weiteren noch vorgesehenen großflächigen Bebauungspläne ab.**

Die Infrastruktur stößt an ihre Grenzen, und eine weitere Flächenversiegelung ist nicht hinnehmbar. Jetzt gilt es vor allem, die Integration der Neubürger zu erleichtern und den sozialen Zusammenhalt zu fördern.

## Weckhoven

Weckhoven mit seinen 9.000 Einwohnern ist ein jung gebliebener Stadtteil mit Tradition. Rund 22 Prozent der Bevölkerung sind jünger als 18 Jahre. Das sind 4 Prozent mehr als im städtischen Durchschnitt. Dies macht Weckhoven lebendig, bringt aber auch Probleme mit sich. **Das Miteinander soll darum künftig durch einen Streetworker verbessert werden.** Geeignete Räumlichkeiten, in denen sich Jugendliche treffen können, werden dringend benötigt.

Neben der Jugendsozialarbeit fordern wir eine **eigene Polizeistation im Weckhovener Ladenzentrum, um das Wohn- und Einkaufsklima weiter zu verbessern. Das Ladenzentrum benötigt dringend eine gezielte Ansiedlungspolitik**, damit das Warenangebot verbessert wird. Die Modernisierung des Wohnungsbestandes muss fortgeführt werden, und an der **Forderung nach Tempo 30 auf der Weckhovener Straße** halten wir fest. Um den Schwerlastverkehr am Burgweg zu verringern, ist eine neue Erschließungsstraße zum dortigen Unternehmen endlich zu verwirklichen.

## Reuschenberg

Reuschenberg mit seinen 7.500 Einwohnern trägt wegen seiner vielen Hausgärten den Beinamen „Gartenstadt“. Das Gemeinschaftsleben im Stadtteil wird geprägt von zahlreichen Vereinen, Kirchengemeinden und einem rührigen Heimatverein.

Dennoch brennen zwei Probleme auf den Nägeln, die vorrangig gelöst werden müssen. Von den über 600 Jugendlichen im Alter von 10 bis 18 Jahren ist der größere Teil nicht vereinsgebunden. Für diese **Jugendlichen fehlt eine zentrale Anlaufstelle**, in der sie unter pädagogischer Anleitung ihre Freizeit sinnvoll gestalten können. **Deshalb sind zügig die Voraussetzungen für ein Jugendzentrum zu schaffen.**

Das **Ladenzentrum Bergheimer Straße** weist einen attraktiven Branchenmix auf, atmet aber in seiner derzeitigen Ausgestaltung den „Charme der 80er Jahre“. Im Herbst und im Winter verschwindet es mangels ausreichender Beleuchtung im Dunkel. Daher muss zügig ein **zukunftsfähiges Konzept** entwickelt werden.

## Holzheim und Grefrath

Die SPD tritt für den Erhalt der Bezirksverwaltungsstelle Holzheim ein und gleichzeitig für eine **Erweiterung des Serviceangebotes für die Bürger**. Um die Holzheimer Belange noch besser auf Ratsebene vertreten zu können, wünschen wir uns mehr Zuständigkeiten im Bezirksausschuss Holzheim.

**Die Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs in Holzheim und Grefrath** ist für uns von vorrangiger Bedeutung. Dabei favorisieren wir eine **Bus-Ringlinie** zwischen den S-Bahnhöfen Büttgen und Norf über Dirkes, Grefrath, Holzheim, Reuschenberg und Weckhoven.

Für die Einwohner von **Grefrath** brauchen wir ein **besseres Angebot in der Nahversorgung**. Die **Ausbau- und Erweiterungsmaßnahmen rund um die Skihalle** mit den daraus entstehenden Belastungen, z.B. Lärm und Verkehr, werden wir im Sinne der betroffenen Bevölkerung kritisch beobachten.

## Hoisten

Über die K30 zieht viel Schwerlastverkehr am Ort vorbei. Die von uns geforderten Kreisverkehre im Kreuzungsbereich Welderstraße und an der Einmündung zur Villestraße werden zu einer **Verkehrsberuhigung im Stadtteil** beitragen.

Wir fordern einen **Bezirksausschuss für Hoisten**, damit die Interessen und Anliegen der 3.300 Einwohner stärker berücksichtigt werden. Der so genannte „Runde Tisch“ bildet dafür keinen angemessenen Ersatz.

Eine Begegnungsstätte für Jugendliche fehlt.

## Erfttal

Erfttal, der jüngste Neusser Stadtteil, mit seinen zurzeit 6.400 Einwohnern - davon 28 Prozent aus 55 verschiedenen Nationen und einem Anteil von 25 Prozent Aussiedlern - ist ein Stadtteil im Umbruch.

Die SPD kämpft schon lange dafür, **dem Stadtteil durch geeignete Maßnahmen in einem Mix aus Gebäudesanierung, Häuserabriss und Wohnneubau ein neues Gesicht zu geben** und die Lebensqualität und den sozialen Zusammenhalt im Viertel zu erhöhen. Hier sind wir jetzt endlich auf einem guten Weg.

Darüber hinaus sind weitere Verbesserungen im Wohnumfeld anzustreben. Das auf Initiative der SPD vor 20 Jahren gegründete **Bürgerzentrum Erfttal ist in seinem familienrechtlichen Angebot weiter auszubauen**. Die erfolgreiche Arbeit der Streetworker ist ebenfalls fortzusetzen und auszubauen.

Die Nahversorgung im **Ladenzentrum** ist deutlich zu verbessern.

### Uedesheim

Die idyllische Lage am Rhein macht Uedesheim für die hier lebenden 4.400 Menschen zu einem der attraktivsten Neusser Stadtteile, was nicht heißt, dass es keine Probleme gibt. So gilt es, die **Bevölkerungszahl zu stabilisieren**, um nicht langfristig den Erhalt von sozialen Infrastruktureinrichtungen zu gefährden.

Die Sportler benötigen ein **neues Vereinshaus an der Bezirkssportanlage**. Für die Skatehockeyspieler fordern wir eine bessere Zuwegung zur Sporthalle.

Die Anbindung des Gewerbegebietes an den ÖPNV ist zu optimieren.

### Norf

Ein Stadtteil wie Norf muss künftig stärker als bisher in den Mittelpunkt politischen Handelns rücken. Bisher ist Norf von der bisherigen Ratsmehrheit eher stiefmütterlich behandelt worden. Dabei sind genügend Handlungsfelder vorhanden.

**Das Norfer Rathaus sollte zügig renoviert und modernisiert werden.** Die Nahversorgung ist über den Lessingplatz dauerhaft sicher zu stellen. Der **Lessingplatz** muss deshalb dringend aufgewertet und stetig weiter entwickelt werden. Wir werden uns für familienfreundliche Angebote einsetzen, umfangreiche Jugendangebote schaffen und das kulturelle Leben und das Vereinsleben positiv begleiten und unterstützen.

Es muss möglich sein, in Norf würdevoll alt zu werden. Dabei werden wir uns für **altersgerechte Wohnmöglichkeiten** mit entsprechender Betreuung einsetzen. Wir werden die Umwandlung der Postfiliale in eine Partnerfiliale eng begleiten. Dabei muss das heutige Leistungsangebot der **Postfiliale in Zukunft dauerhaft erhalten** bleiben.

**Wir werden dafür kämpfen, dass sich der Zustand der S-Bahn-Haltestelle verbessert.** Wir werden bei Bahn und Verwaltung u.a. eine regelmäßige Wartung und Pflege der Haltestelle einfordern.

Der Verkauf der **LEG-Wohnungen** darf nicht zu einer Steigerung der Mieten führen.

### Rosellen

Der Stadtbezirk Rosellen mit den Ortsteilen Rosellen, Schlicherum, Rosellerheide, Neuenbaum, Elvekum und Allerheiligen hat sich seit der Eingemeindung nach Neuss im Jahre 1975 mit jetzt 12.500 Einwohnern zu einem der größten Neusser Stadtteile entwickelt.

Mit 3.100 Kindern und Jugendlichen bis 18 Jahren ist er der jüngste Stadtbezirk. Die Entwicklung zum Siedlungsschwerpunkt wird von den Sozialdemokraten intensiv begleitet, denn es gilt, so viel Naturraum wie möglich zu erhalten und das, was sich über Jahrhunderte entwickelt hat und Identität stiftet, zu fördern und bewahren.

**Aktuell setzt sich die SPD für die Bewältigung der Verkehrsprobleme ein**, die auch dadurch verschärft werden, dass die hier vorhandenen Industrie- und Gewerbebetriebe sehr erfolgreich sind und expandieren.

Ein Schwerpunkt der politischen Arbeit wird darin liegen, für **wohnnaher Angebote** zu sorgen, die es ermöglichen, dass hier eine Gemeinschaft von Bürgerinnen und Bürgern aller Altersgruppen entsteht, die ihren Wohnort als Heimat begreifen, in der sie sich wohl fühlen. **Dazu gehört das geplante Jugend- und Begegnungszentrum und auch die Gründung einer Grundschule in Allerheiligen, für die sich die SPD seit Jahren einsetzt.**



### **Für eine Stadt sozialer Wirtschaft und Arbeit.**

Neuss ist ein vergleichsweise starker und sicherer Standort für Wirtschaft und Arbeit. Insbesondere die gute Einbindung der Stadt in die regionalen Verkehrsnetze auf Straßen-, Schienen-, Wasser- und Luftwegen geben unserer Stadt eine besondere Lagegunst, die es zu erhalten und bedarfsgerecht auszubauen gilt. Wirtschaftliche Krisen gehen aber auch an der Stadt Neuss nicht spurlos vorüber. **Die Stadt muss ihre eigenen Handlungsmöglichkeiten ausschöpfen und besonders ihre Investitionstätigkeit in die soziale Infrastruktur verstärken.** Zur Sicherung und zum Ausbau von Arbeitsplätzen muss eine aktive, soziale und regional ausgerichtete Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik betrieben werden.

**Durch die Herausbildung von weiteren Kompetenzfeldern muss sich die Stadt Neuss im regionalen Kontext ein eigenes und klares Profil geben**, mit dem sie ihre eigenen Stärken im internationalen Wettbewerb behaupten kann. Dies gilt nicht nur für alt-eingesessene Kompetenzfelder im Bereich der Nahrungsmittelindustrie, sondern auch für neue Innovationsfelder wie die der regenerativen Energiedienstleistungen und insbesondere dem Bereich der trimodalen Logistik. In Kooperation mit dem Rhein-Kreis Neuss und anderen Städten der Region ist ein Regionalmarketing auf Basis von Kompetenzfeldern zu entwickeln.

Der Neusser Hafen ist ein wesentliches Kompetenzfeld der Stadt. Er ist traditioneller Standort wertschöpfender Industrie mit wichtigen Arbeitsplätzen, der durch die Neuansiedlung von ArcelorMittal auf dem ehemaligen Case-Gelände wieder gestärkt werden kann. Der Hafen ist als Verkehrsinfrastruktur Logistikstandort für die Wirtschaft im gesamten Umland, den es zu erhalten und in Kooperation mit der Stadt Düsseldorf und anderen Häfen auszubauen gilt. **Eine Nutzung des Hafens als reinen Dienstleistungs- oder gar Wohnstandort lehnen wir entschieden ab.**

Für die Ansiedlung neuer Betriebe und zukunftssicherer Arbeitsplätze in Neuss setzt die SPD weiterhin auf eine **vorausschauende Planungs- und Vorhaltepolitik von Grundstücken** für die weitere Entwicklung von Gewerbe-, Dienstleistungs- und Industriegebieten. Dabei muss vor dem Hintergrund nachhaltiger Stadtentwicklung dem Flächenrecycling und der Nutzung von Brachflächen eine wesentlich stärkere Bedeutung zukommen.

**Die Wirtschaftsförderung darf sich nicht auf die Pflege und Neuansiedlung von großen Unternehmen beschränken.** Die Unterstützung der vorhandenen Industrie und des produzierenden Gewerbes in Neuss muss ein deutlich höherer Stellenwert beigemessen werden. Insbesondere der Mittelstand ist aktiv zu fördern. Dies gilt es auch bei der Vergabe von Aufträgen durch die Stadt oder kommunale Unternehmen zu berücksichtigen.

Eine erfolgreiche Wirtschaftsförderung ist nicht zuletzt auf ein großes Angebot gut ausgebildeter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angewiesen. **Deshalb gehört zur Wirtschaftsförderung auch die Unterstützung der besseren Vereinbarkeit von Familie**

**und Beruf** durch neue Arbeitszeitmodelle und die Förderung von Teilzeitangeboten für Männer und Frauen. Besondere Förderberatung für Gründerinnen und Werbung für Ausbildungsplätze in gewerblich-technischen Berufen für junge Frauen sind nötig. Gleichzeitig sind Betriebskindergärten zu fördern.

**Die Neuansiedlung von technisch-innovativen und arbeitsplatzintensiven Unternehmen sowie Dienstleistungsunternehmen ist im Neusser Hammfeld zu konzentrieren.** Das Dienstleistungszentrum „Hammfeld II“ muss endlich aktiv umworben und planerisch als Verknüpfung von Innenstadt und Rheinparkcenter weiterentwickelt werden. Hierzu ist besonders das TÜV-Gelände geeignet. Die Kirmes soll dort nicht mehr stattfinden und in den Innenbereich des „Rennbahnparks“ verlagert werden.

**Die Belastungen durch kommunale Steuern, Gebühren und Entgelte müssen sozial gerecht verteilt sein.** Die gesamte örtliche Wirtschaft ist angemessen an den ihnen und ihren Beschäftigten nutzenden Ausgaben der Kommunen zu beteiligen. Die Gebühren und Entgelte für Strom, Gas, Wasser, Abwasser, Abfall usw. sind ständig auf Einsparpotenziale hin zu überprüfen. Die Menschen haben Anspruch auf faire Preise für Leistungen der Daseinsvorsorge. Kommunale Unternehmen dürfen nicht auf reine Gewinnmaximierung ausgerichtet sein und haben einen sozialen Auftrag, auch für ihre Beschäftigten.

**Die Stadt Neuss muss sich als einer der größten Arbeitgeber der Stadt ihrer eigenen sozialen Verantwortung stellen.** Hierzu gehört, dass sie jungen Menschen einen Einstieg in das Berufsleben ermöglicht und deutlich mehr eigene Ausbildungsplätze in der Verwaltung oder in städtischen Unternehmen zur Verfügung stellt. Auch für Arbeitnehmer mit Migrationshintergrund muss die Stadt mit ihren Tochterunternehmen mehr Beschäftigungsmöglichkeiten anbieten.

Die Stadt Neuss muss hierzu intensiver mit der Arbeitsgemeinschaft (ARGE) kooperieren. Bei der Vergabe von Aufträgen durch die Stadt oder kommunale Unternehmen ist sicher zu stellen, dass die Auftragnehmer tarifliche Löhne oder Mindestlöhne an ihre Beschäftigten zahlen und Produkte aus dem In- oder Ausland nicht durch ausbeuterische Handlungen oder durch Kinderarbeit hergestellt werden. Es sollen faire Wettbewerbsbedingungen für alle Unternehmen gelten.



## **Für eine Stadt der Kinder und Familien.**

### **Familien- und Kinderfreundlichkeit ist ein Aushängeschild der Stadt mit Zukunft.**

Familien sichern die Zukunft unserer Stadt und bilden die Grundlage für ihre langfristig stabile soziale und wirtschaftliche Entwicklung. Auch in Neuss wächst die Alterspyramide immer stärker. Eine wesentliche Herausforderung unserer Zeit ist es deshalb, die Familien zu stärken, denn sie sind die wichtigsten Leistungsträger unserer Gesellschaft. Der Politik für Familien muss in Neuss zukünftig ein deutlich höherer Stellenwert eingeräumt werden als bisher.

**Wir wollen ein kinder- und familienfreundliches Neuss** mit guten Kindergärten und Schulen auch deshalb, weil eine zukunftsorientierte Betreuung und Bildung zur Vermeidung von Armutsrisiken beiträgt.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass das „**Neusser Bündnis für Familien**“ seine Arbeit aufnimmt und die strategische Entwicklung der Familienpolitik in unserer Stadt gemeinsam mit vielen Akteuren aus Politik, Gesellschaft und Wirtschaft weiter vorantreibt.

Viele Eltern wollen **Beruf und Familie miteinander vereinbaren** und brauchen Entlastung bei der Betreuung ihres Nachwuchses durch qualitativ gut ausgestattete Einrichtungen

mit ausreichenden Öffnungszeiten. Kindergärten und Kinderkrippen sind wichtige Bestandteile der Bildungskette, die für die Lebenschancen der Kinder und für die Zukunftschancen unserer Gesellschaft entscheidend sind.

**Der bedarfsgerechte Ausbau des Betreuungsangebotes für Kinder unter drei Jahren steht hierbei im Vordergrund**, damit auch in Neuss ab dem Jahr 2013 dem Rechtsanspruch entsprochen werden kann.

Wir lehnen einen weiteren Anstieg der Beiträge für den Besucher von Kindertagesstätten strikt ab, sie müssen insbesondere für Familien mit geringem Einkommen sinken. **Mittelfristiges Ziel muss bleiben, die Eltern ganz von der Beitragspflicht zu befreien.**

Eltern sollen bei der Erziehung und Förderung ihrer Kinder möglichst früh unterstützt werden. Vor allem für junge Eltern ist eine aufsuchende Elternberatung der Familien- und Gesundheitshilfe von großer Bedeutung. Erziehungsberatung muss bedarfsgerecht und niedrigschwellig angeboten werden.

**Kinder** brauchen in ihrer Freizeit ausreichende **Angebote für das Spielen im Freien**. Zahlreiche Kinderspielplätze in unserer Stadt müssen dringend saniert werden. Im Rahmen unserer „**Spielplatzoffensive**“ fordern wir, dass endlich die Mittel für die Instandhaltung der Spielplätze angemessen erhöht werden und bei Bedarf neue Spielplätze und Mehrgenerationenspielplätze geschaffen werden. Ebenso wollen wir das ehrenamtliche Engagement bei der Übernahme von **Spielplatzpatenschaften** fördern.

Eltern und Kinder benötigen **familienfreundliche Wohnangebote** und ein familienfreundliches Wohnumfeld. Die Wohnungsbaupolitik und Stadtplanung in Neuss muss diesem Anspruch gerecht werden und entsprechende Projekte, zum Beispiel des Neusser Bauvereins zum barrierefreien Wohnen, zukünftig stärker fördern. Die Schaffung von erschwinglichem Wohneigentum für junge und kinderreiche Familien muss durch ein Angebot an preisgünstigem Bauland verbessert werden. Für dieses Ziel fordern wir ein nachhaltiges Umsteuern in der kommunalen Bodenpolitik.

Eine **sozial gerechte Familienpolitik** darf auch **in Not geratene Familien** nicht aus dem Blick verlieren. Arbeitslosigkeit, Schulden, Krankheit führen oft die gesamte Familie an den Rand der Existenz. Wir fordern deshalb einen weit höheren Stellenwert für die **Beratung und Selbsthilfeförderung** von Familien, zum Beispiel durch ein eigenständiges Beratungskonzept des Sozialamtes mit dem Ziel der Hilfe zur Selbsthilfe.

**Die Stellen der Streetworker sind zu erhalten und auszubauen.** Im Barbaraviertel und im Stadtteil Reuschenberg fehlen ausreichende Angebote für die Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen. Wir fordern die Schaffung von entsprechenden Einrichtungen.



**Für eine Stadt der gerechten Bildungschancen.**

Je früher im Leben wir vom Schicksal benachteiligte Kinder fördern, desto größer ist die Aussicht auf Erfolg und desto kostengünstiger wird es für die Gesellschaft. Gute Arbeit dank guter Bildung ist die beste Armutsprävention. Ziel sozialdemokratischer Bildungspolitik sind gleiche und gute Lebenschancen für alle Kinder. Wir müssen daher unseren Kindern und zukünftigen Generationen bestmögliche Qualifikationen vermitteln.

Die Einführung der **Offenen Ganztagsgrundschule (OGS)** in Neuss ist ein Erfolg beharrlicher sozialdemokratischer Schulpolitik. Mehr Zeit zum Lernen und zur individuellen Förderung rückt Kinderbedürfnisse wieder in den Mittelpunkt. Wir brauchen eine nachhaltige Verbesserung der Betreuungssituation von Grundschulkindern. Gleichzeitig wollen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf eine langfristig verlässliche Basis stellen.

Dazu muss aber auch die notwendige finanzielle Ausstattung gewährleistet werden. Kostensteigerungen (z.B. durch Tarifierhöhungen) sind auch hier zu verzeichnen und müssen durch erhöhte Zuschüsse aufgefangen werden.

Zu langen Schultagen gehört eine **warme gesunde Mahlzeit in der Schule**. Auch das soziale Miteinander spielt beim Mittagessen eine wichtige Rolle. Deshalb müssen dort dringend **Mensen** und ggf. Aufenthaltsräume hergerichtet und für deren Ausstattung gesorgt werden.

Für Kinder aus **einkommensschwachen Familien** muss das Mittagessen in der OGS kostenlos sein. Grundsätzlich plädieren wir für einen **Rechtsanspruch** aller Kinder auf eine gesundheitsfördernde Mittagsmahlzeit in der Schule, mit einer sozial gestaffelten Eigenbeteiligung der Eltern (wie im KiTa-Bereich).

Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt bei Bedarf auch den **Eigenanteil** der Eltern für **Schulbücher** und die **Fahrtkosten zur Schule** der Schülerinnen und Schüler übernimmt. Hierfür soll den Schulen ein eigener Etat nach Schülerzahl zur Verfügung stehen.

In Neuss fördern wir besonders die Einführung und Weiterentwicklung der **Integrativen Schulangebote für Kinder mit Behinderungen**. Ebenso brauchen die beiden städtischen Förderschulen unsere Unterstützung. Hier fehlen u.a. noch die Mittel, um Räume für die **OGS** auszustatten. Daneben sollen die **Betreuungsangebote** in **Horten** weiterhin dort erhalten bleiben, wo sie pädagogisch sinnvoll sind. Außerdem gilt es, die **Ganztagsangebote** auch in den **weiterführenden Schulen** in Neuss auszubauen.

Wir sind überzeugt, dass ein gesellschaftlicher Prozess der Veränderung der **Schulstruktur** in Gang kommen muss. Das gegenwärtige mehrgliedrige Halbtagschulsystem mit der zu frühen Aufteilung der Kinder wird den Anforderungen nicht mehr gerecht. In immer kürzerer Zeit immer mehr Stoff vermitteln funktioniert nicht.

Der Ansturm auf die beiden **Gesamtschulen** in Neuss hält unvermindert an. Den Wünschen von aktuell 400 Eltern, die ihre Kinder für diese Schulform angemeldet hatten, konnte wieder nicht entsprochen werden. Für gerechtere Bildungschancen benötigen wir auch in der Nordstadt dringend mehr Ganztagsbetreuung. **Ein integriertes Ganztagsystem könnte durch die Errichtung einer dritten Neusser Gesamtschule auf dem Gebiet der Nordstadt gewährleistet werden.** Dem Elternwillen muss endlich Rechnung getragen werden.

Auf die Dauer sehen wir gerechte Bildungschancen nur in einem **integrierten Ganztags-system** mit entsprechenden Fördermöglichkeiten, das verschiedene Schulabschlüsse möglich macht. Wir wollen allen Kindern gleichberechtigte Chancen für einen gymnasialen Schulabschluss geben.

Nach der Novellierung des Schulgesetzes durch die jetzige CDU/FDP Landesregierung wurde die Neugründung von **Grundschulen** doppelt erschwert: Zum einen gibt es keine Schuleinzugsgebiete mehr und zum anderen sind nun zwei Eingangsklassen statt bisher einer für den Start notwendig.

Dies wirkt sich negativ bei der Errichtung einer neuen **Grundschule in Allerheiligen** aus. Hier darf nicht länger auf Zeit gespielt werden. Zahlreiche Familien im Neubaugebiet A fordern zu Recht einen wohnortnahen Unterricht für die Grundschul Kinder.



Das Baugebiet B entwickelt sich nunmehr und lässt den Druck noch größer werden. Der Bau des **Gemeindezentrums inklusive 3-zügiger Grundschule** muss zügig erfolgen. Eine weitere Belastung der St. Peter-Schule in Rosellen kann mit Rücksicht auf die Schüler, Lehrer und Eltern nicht mehr hingenommen werden.

Eine wohnortnahe Grundschule ist für die Kinder im Barbaraviertel gleichermaßen notwendig. Der Standort **Barbaraschule** soll deshalb erhalten und durch Förderprogramme und weitergehende Mittel für die OGS gestärkt werden.

Für den gesamten Primar- und Sekundarbereich muss gelten: **Stärkung der Sprachförderung für alle Kinder** und besonders **Förderung der Deutschkenntnisse der Migrantenkinder**.

Dank zahlreicher SPD-Anträge liegt der **Sanierungsbedarf** samt einer Dringlichkeitsliste für die **Neusser Schulen** auf dem Tisch. Der sog. „Masterplan Schule“ muss regelmäßig fortgeschrieben werden. Auch hier gibt es noch viel zu tun; müssen insbesondere die Mittel für die laufende Gebäudeunterhaltung angemessen erhöht werden.

Die derzeitige Situation bei den **Sporthallen** ist nicht befriedigend. Momentan gibt es erhebliche Einschränkungen beim Schulsport, verstärkt durch die Sanierung der Hallenbäder und durch die notwendigen sportlichen Angebote im Bereich des offenen Ganztags an Grundschulen. Durch den Einsatz von Schulbussen für den Transport zu entfernten Hallen geht den Schülern und Schülerinnen wertvolle Übungszeit (bis zu 45 Min.) verloren. Die seit 1999 beschlossene, aber noch immer nicht ausgeführte Errichtung einer **Mehrfachhalle für die Realschule Südstadt** wird für alle Schulen und insbesondere im Schulzentrum Weberstraße Entlastung bringen.

**Medienkompetenz** entwickelt sich immer mehr zu einer Schlüsselqualifikation, die mit über eine erfolgreiche berufliche Zukunft entscheidet. Ein weiterer Erfolg unserer Bildungspolitik ist, dass endlich eine abgestimmte Medienentwicklung für die Neusser Schulen auf den Weg gebracht werden konnte.

Wir setzen uns dafür ein, dass der **Medienentwicklungsplan** schnellstmöglich umgesetzt wird. Alle Schüler/innen müssen in den Schulen Zugang zu Computern mit Internetverbindung haben, denn manche Eltern können sich diesen Aufwand nicht leisten. Ziel ist, an allen Schulen einen gleichen Standard mit der entsprechenden pädagogischen Unterstützung anbieten zu können.

Seit dem Schock durch die Pisa-Studie wird der **Musik- und Kunstunterricht** in Deutschland mehr und mehr vernachlässigt. Dabei erleichtert die musische Erziehung Kindern das Lernen, weil hier Üben geübt und Sinne geschärft werden. Das bestätigt eine neue Studie von Hirnforschern.

Lebenslanges Lernen wollen wir im neu zu bauenden **„Haus der Bildung“** am ehemaligen Busbahnhof konzentriert unter einem Dach kostengünstig und vielfältig für alle anbieten. Die relativ hohen Kosten für diesen Neubau sind gut investiertes Geld in die Zukunft und werten das Areal des ehemaligen Omnibusbahnhofes endlich wieder auf.

Das Gebäude für die **Stadt. Musikschule** wird derzeit den zu stellenden Anforderungen nicht mehr gerecht und kann in das „Haus der Bildung“ sinnvoll integriert werden. Ebenso kann die Zweigstelle der **Fernuniversität Hagen** hier ihren Platz finden und neben der Logistikakademie den Standort Neuss als Hochschulstandort Neuss stärken.

Die **Volkshochschule (VHS)** erfüllt den gesetzlichen Anspruch auf Aus- und Weiterbildung in den unterschiedlichsten Bereichen. Dabei muss die Vermittlung von ausbildungsbegleitenden Kenntnissen für junge Menschen und spezieller Angebote für ältere Menschen zukünftig einen **besonderen Stellenwert bekommen und besser finanziell gefördert werden. Die Zusammenarbeit mit den allgemein bildenden Schulen sollte** intensiviert werden.



### **Für eine soziale Großstadt mit Herz.**

**Wir wollen die soziale Stadt Neuss, in der sich die Menschen wohl fühlen, mit der sie sich gerne identifizieren und in der die Menschen sich umeinander kümmern und füreinander einstehen.**

Alle kommunalpolitischen Möglichkeiten müssen dazu genutzt werden, vorausschauend Fehlentwicklungen zu erkennen und nachhaltig wirksam für soziale Gerechtigkeit und Integration aller Bevölkerungsgruppen zu sorgen. Das Attribut „soziale Großstadt“ verdient unsere Heimatstadt bisher leider noch nicht. **Die SPD wird die „soziale Großstadt“ zum übergreifenden Leitbild für Neuss machen.**

Sozialdemokratische Sozialpolitik setzt sich für die **Stärkung des sozialen Zusammenhalts** in der Gesellschaft ein und begreift sich nicht nur als Hilfe von Menschen in besonderen Not- und Problemlagen.

**Wir wollen neue gesellschaftliche Brücken zwischen den Generationen und verschiedenen Gruppen bauen.** Wir wenden uns gegen die soziale Abgrenzung der gesellschaftlichen Gruppen voneinander und wollen den Zusammenhalt durch gegenseitiges Lernen und Verstehen stärken. Wir fordern soziale Verantwortung ein und treten jenen entgegen, die meinen, sie könnten ihre Freiheit auf Kosten der Freiheit anderer ausleben.

In Neuss besteht ein Netzwerk verschiedenster sozialer Hilfen, vielfach getragen von Einrichtungen der Freien Träger, die mit freiwilligen Zuschüssen des Landes und der Stadt Neuss finanziert werden. Dieses Netz muss erhalten und wo notwendig ausgebaut werden. **Die Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege brauchen Planungssicherheit für die Zukunft.** Die SPD hat sich erfolgreich für eine Erhöhung des städtischen Eigenanteils eingesetzt. Damit die Vielfalt des Leistungsangebotes in Zeiten knapper Kassen dauerhaft und sozial gerecht erhalten werden kann, wollen wir prüfen, wie zukünftig die Inanspruchnahme von sozialen Leistungen stärker einkommensorientiert gestaltet werden kann.

**Die Bedürfnisse junger Menschen, die in unserer Stadt einen Ausbildungsplatz suchen, müssen dauerhaft ernst genommen werden.** Für die weitere persönliche Entwicklung eines jungen Menschen ist der erste Einstieg in das Berufsleben von entscheidender Bedeutung. Sowohl die Neusser Wirtschaft als auch die Stadt Neuss mit ihren Tochtergesellschaften stehen hier in einer besonderen Verantwortung. Die SPD hat die erste Ausbildungsplatzkonferenz der Stadt Neuss angestoßen. Wir fordern dass zukünftig solch eine Initiative zum Dialog mit allen an der Ausbildung Beteiligten regelmäßig von der Stadt Neuss ausgeht. Nicht zuletzt müssen die jungen Menschen ohne Schulabschluss besonders gefördert und unterstützt werden. Sie sollen befähigt werden, einen Ausbildungsplatz zu finden.

**Lokale Verbraucherpolitik ist für uns auch Ausdruck von Bürgernähe.** Verbraucherpolitik muss auch ein Maßstab für das Handeln kommunaler Mandatsträger in den Verwaltungs- und Aufsichtsräten kommunaler Unternehmen sein. **Wir fordern weiterhin die Einrichtung einer unabhängigen Verbraucherberatung in Neuss,** die bisher stets von der

christdemokratischen Mehrheit abgelehnt worden ist. Damit ist Neuss die einzige NRW-Großstadt, die ihren Bürgerinnen und Bürgern diese wichtige Anlaufstelle bisher nicht bietet.

Wegen einer tief greifenden Rezession als Folge der weltweiten wirtschaftlichen Verwerfungen, hat sich das Armutsrisiko auch in Neuss deutlich erhöht. Darauf muss auch auf kommunaler Ebene reagiert werden. Wir fordern deshalb eine anbieterunabhängige Gesundheits-, Pflege und Wohnanpassungsberatung, den Ausbau der Schuldenprävention und Schuldnerberatung, die Schaffung behindertengerechter Sozialwohnungen und den Ausbau eines sozialen Arbeitsmarktes für alle, die sonst keine Chance auf dem regulären Arbeitsmarkt haben. **Die Arbeitslosenberatungsstelle des Evangelischen Kirchenkreises in Neuss muss bestehen bleiben** und bedarfsgerecht von Stadt und Rhein-Kreis Neuss finanziell unterstützt werden.

**Gesundheit ist ein hohes Gut für einen jeden Menschen.** Gesundheitsaufklärung Gesundheitsvorsorge und eine moderne Krankenhauspolitik sind deshalb vordringliche Aufgaben einer städtischen Gesundheitspolitik, die auch eine Querschnittsaufgabe verschiedener Politikbereiche wie der Jugend-, Sport-, Sozial- und Bildungspolitik ist. Für uns sind die Grundlagen einer modernen Gesundheitspolitik die **Prävention und die Förderung der Gesundheit**. In diesem Zusammenhang gilt es vor allem bei Kindern, dem Bewegungsmangel und dem Übergewicht entgegenzuwirken. Wir fordern deshalb eine **Gesundheits-Familienkarte**, die es Familien ermöglicht, ihre Kinder beitragsfrei an den Angeboten eines Sportvereins teilnehmen zu lassen. **Zur Prävention gehört für uns auch die Einrichtung von Gesundheitsberatungsstellen in jedem Neusser Stadtteil als Zweigstellen des Kreisgesundheitsamtes.**

Die städtischen Kliniken **Lukaskrankenhaus** sind als größtes Krankenhaus im Kreis eine **zentrale Größe der Gesundheitspolitik** in unserer Stadt. Wir verfolgen für das Klinikum folgende Ziele:

- Der Status als Akutkrankenhaus bleibt erhalten.
- Die Kinderklinik wird gemäß den aktuellen Anforderungen renoviert und saniert oder neu gebaut werden.
- Der Babynotarztwagen bleibt erhalten.
- Einführung eines Perinatalmedizinischen Zentrums zur intensiven Betreuung von werdenden Müttern.
- Eine engere Zusammenarbeit mit den anderen Krankenhäusern im Kreis ist zu prüfen.

**Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund wird weiter wachsen.** Die damit verbundene Vielfalt ist eine Bereicherung des städtischen Lebens, für die offensiv geworben werden muss. Gleichwohl sind damit aber auch erhebliche Probleme verbunden, die verstärkte Integrationsanstrengungen erfordern. Johannes Rau hat es in seiner Berliner Rede im 12. Mai 2000 auf den Punkt gebracht: „Die Förderung der Integration ist eine gesellschaftspolitische Aufgabe allererster Ordnung. Es kommt nicht auf die Herkunft des einzelnen an, sondern darauf, dass wir gemeinsam die Zukunft gewinnen.“

**Wir wollen eine Integrationspolitik, die Voraussetzungen für gesellschaftliches Miteinander und die Akzeptanz im Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen ermöglicht.** Dies erfordert eine Definition von Zielen der Integrationspolitik, deren Einhaltung abgesichert und von beiden Seiten gleichermaßen mit Verbindlichkeit verfolgt wird, z. B. die Erhöhung der Abiturientenquote sowie der abgeschlossenen Ausbildungsverträge. Integration ist eine entscheidende Schlüsselaufgabe zur Gestaltung der Zukunft in unserer Stadt. Unerlässliche Voraussetzung ist, dass sich alle Beteiligten auf Augenhöhe und in gegenseitiger Achtung respektvoll begegnen.

Wir setzen uns ein für bessere Mitwirkungsmöglichkeiten von Menschen mit Migrationshintergrund an der Kommunalpolitik. **Deshalb fördern und unterstützen wir in Neuss nachdrücklich die Arbeit des Integrationsrates.** Das Ergebnis seiner Beratungen muss

durch Rat und Verwaltung respektiert und in konkrete politische Entscheidungen umgesetzt werden. Unabhängig hiervon sprechen wir uns für die **Einführung eines allgemeinen Ausländerwahlrechts auf der kommunalen Ebene** aus. Ein Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe und Voraussetzung für Integration ist die **Sprachförderung**. Entsprechende zusätzliche Angebote sind dringend erforderlich. Dabei müssen dem Angebot von Chancen auch die Übernahme von Eigenverantwortung und der Wille zur Integration gegenüberstehen.

Ein weiterer Baustein zur Förderung des Verständnisses und des Austauschs der Kulturen und Religionen ist die Unterstützung von Städtepartnerschaften. Jahresland hat sich die SPD dafür eingesetzt: Jetzt ist es gelungen, sowohl eine **Städtepartnerschaft mit der türkischen Stadt Neveshir wie auch eine Städtefreundschaft mit der türkischen Stadt Bolu** auf den Weg zu bringen. Wegen der relativ hohen Anzahl türkischstämmiger Einwohner in Neuss wollen wir diese Beziehungen besonders fördern.



## Generation 60 plus.

**Die reife Generation erobert die Stadt.** Immer mehr Menschen werden immer älter – und agiler. In Neuss leben über 37.000 Frauen und Männer im Alter über 60 Jahre. Dies entspricht fast einem Viertel der Neusser Einwohner. Die große Mehrheit der älteren Menschen ist heute aktiver als je zuvor. Sie erwartet spezifische Angebote und Dienstleistungen, ohne wegen ihres Alters stigmatisiert zu werden. Andererseits benötigen Hochbetagte aufgrund der ständig steigenden Alterspyramide eine vermehrte Fürsorge in allen Lebensbereichen.

Die sozialen Lebenslagen und Erwartungen älterer Menschen müssen im kommunalen Alltag in vielfältigen Dialogprozessen eine größere Öffentlichkeit finden. Eine **aktive Seniorenpolitik** muss ältere Menschen dazu ermutigen, ihre Interessen und Bedürfnisse auch in den Gremien des Neusser Rates angemessen vertreten zu können. Wir fordern deshalb weiterhin die **Gründung eines Seniorenbeirates, der in Urwahl gewählt werden soll**.

Ältere Menschen verfügen über eine Fülle an Lebenserfahrung, die sie auch in unserer Stadt in zahlreichen ehrenamtlichen Tätigkeiten verstärkt einbringen könnten. Wir setzen uns dafür ein, dass die vielen unterschiedlichen Fähigkeiten und Kompetenzen unserer älteren Mitbürger auf allen Ebenen anerkannt und aktiv gefördert werden.

Der Pflegefall ist für die Betroffenen und ihre Angehörigen oft mit großer Unsicherheit, Sorgen, Fragen und finanziellen Nöten verbunden. Wir fordern deshalb weiterhin die Einrichtung eines **städtischen, neutralen Pflegebüros oder die Einrichtung von Pflegestützpunkten**, welche für das Neusser Stadtgebiet **Hilfestellungen** zu allen Fragen der Pflegeversicherung und Grundsicherung geben.

Eine alternde Gesellschaft bedingt eine **flexible Stadt- und Wohnplanung**. Neu- und Umbauprojekte, zum Beispiel des Neusser Bauvereins, müssen zukünftig ein angemessenes Angebot an generationsübergreifenden wie auch barrierefreien Wohnformen bieten. Auch bei privaten Bauprojekten soll die Stadt Neuss auf die Einhaltung seniorengerechter Standards drängen. Dabei ist darauf zu achten, dass viele Menschen im Alter möglichst im Zentrum ihrer Stadtteile leben wollen.

Jüngere Ruheständler geben inzwischen mehr Geld für Freizeit, Bildung, Verkehr und Kommunikation aus als jüngere Erwerbstätige. Eine wichtige Aufgabe auch in unserer Stadt ist deshalb die Etablierung und Vernetzung der vielfältigen Angebote in der **Seniorenwirtschaft**. Dazu gehören Dienstleistungen rund um das Wohnen und das Wohnumfeld wie auch die Weiterentwicklung der Angebote in der Freizeit, Bildung, der Kunst und im Tourismus.



## Für eine sichere und saubere Stadt.

**Sicherheit und Ordnung sind ein Grundbedürfnis der Bevölkerung und Bestandteil der Lebensqualität in unserer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft.** Sie sind auch ein immer wichtiger werdender Standortfaktor für die örtliche Wirtschaft.

Die von uns Sozialdemokraten in Neuss angeregte und durchgesetzte **Ordnungspartner-schaft zwischen Stadt und Kreispolizeibehörde** ist ein Instrument zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger in der Öffentlichkeit. Dies wollen wir fortsetzen und ausbauen. Dazu gehört auch ein ausreichender Personaleinsatz. Das Sicherheitsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger verlangt die Präsenz von Polizei und städtischen Ordnungskräften im Straßenbild, auch abends. Deshalb wollen wir den „**Kommunalen Servicedienst**“ (**KSD**) des Ordnungsamtes personell deutlich aufstocken, damit er nicht nur im Hauptstraßenzug der Innenstadt, sondern auch in den Stadtteilen für mehr Sicherheit und Ordnung und sorgen kann.

Innere Sicherheit ist aber nicht allein durch Überwachung und Sicherheitskräfte zu gewährleisten. Die Gestaltung des öffentlichen Raumes, eine gute soziale Infrastruktur, die Förderung einer „**Kultur des Hinschauens**“, Sozialarbeit, Bildung und die Integration von Minderheiten in die Gesellschaft, sind die besten Bedingungen zur Verhinderung von Aggression und Gewaltdelikten.

In diesem Zusammenhang setzen wir uns für mehr städtische „**Streetworker**“ ein, die am besten den richtigen Zugang zu jugendlichen Problemgruppen finden und dabei sowohl Sozialverhalten und Integration fördern und gleichzeitig präventiv tätig sind.

Der flächendeckende Einsatz von **Videüberwachung** in der Innenstadt und in Schulen wird von uns abgelehnt. Er kann die bisherigen Versäumnisse beim Personaleinsatz im Sicherheitsbereich nicht ausgleichen, sondern bestenfalls vertuschen. Eine solche Maßnahme bringt nicht mehr Sicherheit, sondern greift massiv in die Unbefangenheit und das Recht auf Datenschutz von Bürgern und Schülern ein.

Die Stadt hat neben der Polizei die Verpflichtung, bürgerschaftliches Engagement bei der Verhütung von Straftaten und Ordnungsstörungen zu fördern. Ein geeignetes Instrument hierfür ist die Idee der **Nachbarschaftshilfe**. In Wohnvierteln, in denen sich die Menschen kennen und sich um den Nachbarn kümmern, haben Kriminelle weniger Chancen. Darüber hinaus wird der soziale Zusammenhalt gestärkt. Wir wollen die Gründung von wirksamen Nachbarschaftshilfen fördern und einen Anreiz dafür durch Auslobung eines jährlich zu vergebenden Preises schaffen.

**Wir wenden uns entschieden gegen alle Formen von Ausländerfeindlichkeit und treten dem Rechtsradikalismus offensiv entgegen.**

**Die Menschen wollen in einer sicheren Stadt leben. Sie wollen aber auch in einer sauberen Stadt leben.** Diesem Anspruch wird Neuss in den letzten Jahren immer weniger gerecht. Die Bürgerinnen und Bürger sind zu Recht zunehmend unzufrieden mit dem äußeren Erscheinungsbild ihrer Stadt. Das wollen wir Sozialdemokraten ändern. Dazu werden wir die im Jahre 2007 gegen unsere Stimmen im Rat beschlossene Änderung der Straßenreinigungssatzung rückgängig machen. Die Neusser Straßen sollen wieder in regelmäßigen Intervallen durch städtische Reinigungskräfte sauber gehalten werden. Dafür zahlen die Bürgerinnen und Bürger gern eine erträgliche Gebühr. Zudem sind die Bahnhöfe und Haltestellen regelmäßig zu reinigen.



## Für eine starke Demokratie vor Ort.

**Eine lebendige Demokratie lebt von der aktiven Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den politischen Entscheidungsprozessen vor Ort.** Wir unterstützen Bürgerentscheide und andere Formen der direkten Demokratie. Sie sind eine wichtige Ergänzung der repräsentativen Demokratie. Der Bürgerwille muss zum festen Bestandteil politischen Handelns für unsere Stadt Neuss werden.

Lokale Demokratie erschöpft sich nicht in formalen Beteiligungsrechten, sondern verlangt eine Kommunikationsstruktur, der verschiedenen Akteure. **Sozialdemokratische Kommunalpolitik vermittelt zwischen den verschiedenen einzelnen Interessen und Bevölkerungsgruppen** und führt die gesellschaftlichen Kräfte zusammen, um Zukunftsfragen gemeinsam vor Ort zu lösen.

**Bürgerschaftliches Engagement muss gefördert** und zum Bestandteil der Kommunalpolitik **werden**. Unsere städtische Gemeinschaft ist auf die Eigeninitiative der Betroffenen genauso wie auf das vielfältige private Engagement angewiesen. Bürgerschaftliches Engagement mit seinen unterschiedlichen Formen war und ist innovativer Impuls und Schubkraft für die soziale Arbeit und die gesellschaftliche Entwicklung. **Die Bürgerstiftung „BüNe“ muss daher auch von der Stadt unterstützt werden.**

**Die politischen Beratungen auf Ratsebene müssen für die Bürger transparenter, besser nachvollziehbar und verständlich werden.** Das Internet bietet hierzu vielfältige Möglichkeiten, die wir offensiv nutzen wollen. Wir setzen uns dafür ein, die **Entscheidungsstrukturen** der Gremien **des Rates** der Stadt Neuss **neu zu ordnen**, sie effizienter und bürgernäher zu strukturieren, zum Beispiel durch eine Verkleinerung der Anzahl der Fachausschüsse.

Die **Bezirksausschüsse** gewährleisten eine ortsnahe Bürgerbeteiligung. Wir setzen uns dafür ein, dass zukünftig die **Belange aller Stadtteile**, und nicht nur der historisch gewachsenen, sachgerecht in die politischen Beratungen einfließen. Gleichzeitig fordern wir im Sinne einer starken Demokratie vor Ort eine deutliche **Erweiterung der Entscheidungskompetenzen und Stärkung der Bezirksausschüsse.**

Jugendliche müssen frühzeitig die Chance erhalten, Demokratie zu üben und zu erleben, z.B. in einem **Jugendparlament**. Das Interesse an der Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen muss frühzeitig geweckt werden. Auch jugendliche Erstwähler sollen politische Entscheidungen frühestmöglich mitgestalten können. Wir setzen uns dafür ein, dass die weiterführenden Neusser Schulen am Projekt **Juniorwahlen** teilnehmen können.

**Das Nachvollziehen politischer Entscheidungen muss auch mit Hilfe des Internets noch vielfältiger und transparenter ermöglicht werden.** Wir setzen uns ein für mehr Infoterminals an zentralen Standorten, die jedem die kostenfreie Einwahl ins Internet ermöglichen. Wir halten auch die Ausweitung der Bürgerbeteiligung durch das Internet für notwendig, zum Beispiel durch das Angebot eines Ratsinformationssystems für die Bürgerschaft und die Stadtverordneten.

Wir setzen uns dafür ein, **ausländische Bevölkerungsgruppen, Aussiedlerinnen und Aussiedler und Eingebürgerte in die bestehenden repräsentativen Strukturen einzubinden** und zu integrieren und ihnen damit die Möglichkeit zu bieten, sich politisch zu beteiligen.



Deshalb sprechen wir uns auch für die **Einführung eines allgemeinen Ausländerwahlrechts auf der kommunalen Ebene** aus. EU-Bürger dürfen heute schon an den Kommunalwahlen teilnehmen.

**Wir fördern und unterstützen wir die Arbeit des städtischen Integrationsrates.** Das Ergebnis seiner Beratungen muss durch Rat und Verwaltung respektiert und in konkrete politische Entscheidungen umgesetzt werden.



## **Für eine umweltgerechte Stadt.**

Die SPD hat sich in ihrem Grundsatzprogramm zur **Energiewende** als Schlüsselaufgabe des 21. Jahrhunderts bekannt und die Notwendigkeit des Wegs in das Solarzeitalter beschrieben. Der Klimaschutz ist für die Menschheit eine außerordentlich große Herausforderung. Es ist überfällig, endlich zu erkennen, dass Klimaschutz und Umweltschutz nicht nur die Lebensgrundlage für Kinder und Enkelkinder bewahrt, sondern der zentrale Schlüssel für neue Technologien und neue Arbeitsplätze ist.

Energieeinsparung (bzw. Energieeffizienz) und Klimaschutz bestimmen also die Debatte um die zukunftsgerechte Gestaltung unserer Umwelt. Neben Bund und Ländern tragen wir hierfür auch in unserer Stadt große Verantwortung nach dem Leitsatz „Global denken – lokal handeln“. Klimaschutz ist auch eine soziale Frage. Hohe Energiekosten belasten gerade sozial Schwächere. Die Folgen der Klimaumstellung treffen diese ebenfalls besonders.

In der Vergangenheit wurden in Neuss Möglichkeiten und Chancen nicht ausreichend genutzt. In allen städtischen Gebäuden muss ein **professionelles Managementsystem zur Energieeinsparung** etabliert werden. Darüber hinaus muss die energetische Sanierung aller öffentlichen Gebäude vorangetrieben werden. Wir wollen dem Umstand Rechnung tragen, dass 20 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen auf die privaten Haushalte entfallen. Dazu werden wir ein städtisches **„Förderprogramm Altbausanierung“** auflegen, das den Bürgerinnen und Bürgern finanzielle Anreize für die Durchführung energetischer Maßnahmen bietet. Die **Beratung** zur Energieeinsparung und zur Durchführung von baulichen Maßnahmen soll dabei gezielt gefördert werden.

Die Stadt und ihre Stadtwerke müssen für Bürger und Unternehmen Vorbild bei der **Produktion regenerativer Energien** sein. Mehr als bisher müssen Dachflächen öffentlicher Gebäude mit Photovoltaikanlagen ausgestattet werden. Die nur ideelle Förderung von so genannten Bürgersolaranlagen, deren Finanzierung nur Besserverdienenden möglich ist, reicht nicht aus. Wir wollen daher ein „Solarkataster“ einrichten, an dem die Bürgerinnen und Bürger das Potenzial für die Nutzung von Solarenergie ablesen können. Auch die Nutzung von Erdwärme ist in der Stadt Neuss besonders gut möglich. Schon bei der Aufstellung von Bauungsplänen soll darauf Rücksicht genommen werden.

Wir wollen durch Maßnahmen zur **Verbesserung der Luftreinhaltung und Lärminderung** die Gesundheit der Neusser Bürger besser schützen. Die Produktionsbetriebe im Neusser Hafen müssen davon überzeugt werden, auch über ihre gesetzlichen Verpflichtungen hinaus, **die Geruchsbelästigung in der Innenstadt zu verringern**. Die bisherigen Initiativen gegen Belastung durch Feinstaub im Bereich Friedrichstraße müssen in einen für das gesamte Stadtgebiet gültigen **Luftreinhalteplan** münden.

Verkehrslärm kann Menschen krankmachen. In Brennpunkten des Verkehrslärms sind deshalb **Lärmschutzwände** zu errichten und in Hauptdurchgangsstraßen mit Wohnbebauung sind geräuscharme Fahrbahnbeläge (sog. Flüsterasphalt) aufzutragen.

Der Schutz von Natur und Landschaft muss wieder eine verstärkte Rolle spielen. Der dramatische Flächenverbrauch muss gestoppt werden. **Biotopverbünde sind auszubauen** und Lücken in Grüngürteln zu schließen. Ein weiterer wichtiger Baustein ist die Sanierung und Wiedernutzbarmachung von Altlasten und Brachflächen. **Altlastensanierung und Brachflächenrecycling sind aktiver Naturschutz.**



## Erholungs- und Grünflächen erhalten und ausbauen

Mit der Umgestaltung des Rennbahngeländes wird jetzt das **Konzept der SPD „Rennpark Neuss“ – Erlebnisraum im Herzen der Stadt** schrittweise umgesetzt. Der Innenraum wird für alle Bürgerinnen und Bürger zugänglich gemacht und zukünftig für vielfältige Nutzungen geöffnet. Die „grüne Lunge“ in zentraler Lage wird umgestaltet in einen Ort der Erholung und Aktivität für alle. Es wird eine städtebauliche Anbindung an den Wendersplatz und damit an die Innenstadt und den Stadthafen geschaffen. Die Gebäude und der Vorplatz der Rennbahn werden mit vertretbaren Mitteln verbessert und erhalten eine moderne Architektur.

Zwar bleibt das besondere Flair als Galopprennbahn bestehen, doch hierfür zahlt die Stadt Neuss mit ihren Bürgern als Steuerzahlern einen hohen Preis: mehr als 2 Millionen Euro an Schulden müssen für die **Misswirtschaft des Neusser Reiter- und Rennvereins** übernommen werden.

Wir sind davon überzeugt, dass das **Rennbahngelände** noch mehr Potenziale hat. Zwar soll grundsätzlich eine extensive Nutzung ausgeschlossen werden. Jedoch wollen wir uns die Möglichkeit offen halten, dass der Innenraum später temporär auch **als Kirmeswiese** genutzt werden kann. Das Gelände eignet sich in hervorragender Weise dazu, das Neusser Bürgerschützenfest mit seiner gleichzeitigen Kirmes näher an die Innenstadt zu holen und an dieser Stelle zu bündeln.

Die SPD setzt sich zudem für die Errichtung eines **Bürgerwaldes** an geeigneter Stelle ein.



## Für eine Stadt der Kultur

*„Entfremdet und entwürdigt ist nicht nur der, der kein Brot hat, sondern auch der, der keinen Anteil an den großen Gütern der Menschheit hat.“* Dieser Satz von Rosa Luxemburg markiert für uns den entscheidenden Ausgangspunkt jeglicher Kulturpolitik. Diese hat allen Menschen die Teilhabe an Kunst und Kultur zu ermöglichen.

**Der Zugang zur Kultur darf nicht vom Geldbeutel abhängig sein.** Auch für den Bereich der Kultur muss das Konzept der Daseinsvorsorge gelten. Hier meint es ein flächendeckendes Kulturangebot, das zu erschwinglichen Preisen und niedrigen Zugangsschwellen breiten Teilen der Bevölkerung zur Verfügung steht.

**Kultur ist für alle da.** Alle Bürger sollen angesprochen und mit den Kulturangeboten erreicht werden. Kultur darf nichts Elitäres mehr anhaften, muss dabei aber keineswegs auf Spitzenleistungen verzichten. Eine Stadt wird wesentlich durch ihr kulturelles Profil geprägt. Ein vielfältiges und qualitativ hochwertiges Angebot ist ein wichtiger Faktor für die Lebensqualität. **Den gleichberechtigten Zugang zur Kultur und zur kulturellen Bildung zu gewährleisten, sehen wir als Pflichtaufgabe von Kommunalpolitik.** „Kultur für alle“ und „Kultur von allen“ gehören zu unserem Verständnis kommunaler Kulturpolitik in Neuss.



Kulturelle Bildung ist integraler Bestandteil der Allgemeinbildung. Bildung und Kultur gehören zusammen. **Wir setzen uns insbesondere zum Ziel, bildungsferne Schichten zu erreichen.** Preise und Programm des Kulturangebots sind entsprechend zu gestalten. Dies verbessert nicht nur die Möglichkeiten zur Teilhabe an kulturellen Angeboten, es sichert auch die Akzeptanz der Kultureinrichtungen. Auch sollen die sog. „neuen Medien“ sinnvoll und ergänzend genutzt werden, Kultur und Kultureinrichtungen in der Stadt für alle zugänglich zu machen.

**Kommunale Kulturpolitik** muss auch den veränderten demographischen Aufbau der Gesellschaft in den Blick nehmen und die Teilhabe alter Menschen am kulturellen Leben nicht als Nische, sondern als Selbstverständlichkeit behandeln.

Für junge Menschen bieten das städtische Programm „**Jugend und Kultur**“ sowie die Kooperation mit Schulen und Kultureinrichtungen den geeigneten Rahmen. Die museumspädagogischen Veranstaltungen im Clemens-Sels-Museum, die Schüler-Theaterwochen im Rheinischen Landestheater, das Kinderprogramm des Theaters am Schlachthof und die Vorlesewettbewerbe in der Stadtbibliothek fördern die künstlerische Kreativität von Kindern und Jugendlichen und müssen ausgebaut werden. Das Programm zum „roten Rucksack“ wird begrüßt.

Ergänzende Landesprogramme wie z.B. „Kultur und Schule“ sind wünschenswert. Das Land muss dann aber auch die sachlichen und personellen Voraussetzungen schaffen.

**Für jugendliche Musikgruppen sind stadtweit preisgünstige Übungsräume zur Verfügung zu stellen.** Auch die freie Szene oder kreative Subkultur hat Anspruch auf Förderung. Sie gehört zum produktiven kulturellen Alltag und gibt neue Denkanstöße. Sie bereichert unsere Stadt. Für Graffiti-Künstler sind im öffentlichen Raum bedarfsgerecht Flächen zur Verfügung zu stellen.

**Kommunale Kulturpolitik kann auch einen wesentlichen Beitrag für eine gelingende Integrationspolitik leisten.** Gerade kulturelle Angebote erhöhen das Verständnis für Menschen unterschiedlicher Herkunft, fördern Kommunikation und bilden Vertrauen. Das Programmangebot ist in Neuss entsprechend auszubauen und zu ergänzen.

Kulturpolitik selbst kann und soll keine Kultur schaffen. Sie hat aber durch die Gestaltung günstiger Rahmenbedingungen eine lebendige und vielseitige Kulturlandschaft zu ermöglichen. **Wir fordern deshalb einen Kulturentwicklungsplan für Neuss**, der die mittel- und längerfristigen Perspektiven und Ziele formuliert, um Neuss als Kunst- und Kulturstadt zu etablieren. Dabei wollen wir verstärkt mit benachbarten Städten und Gemeinde zusammen arbeiten.

Seit dem Jahre 2007 sind in Neuss die **Finanzmittel** für die Kultur empfindlich gekürzt worden. Diese Haushaltsentwicklung gilt es umzukehren. Wir streben an, den Anteil des Kultur-etats am Gesamtetat von zuletzt 3,68 Prozent in der kommenden Wahlperiode auf 4 Prozent zu steigern. Der Fortbestand des Rheinischen Landestheaters ist zu sichern.



## Für eine Stadt des Sports.

Sport ist für die meisten Menschen Freizeitgestaltung. Er trägt zum Erhalt der eigenen Gesundheit bei, entspricht dem Wunsch nach körperlicher Betätigung, und Selbsterfahrung. **Der Sport nimmt wichtige soziale und gesellschaftliche Funktionen wahr.** Ethnische, soziale und demografische Unterschiede sind selten so gut zu überwinden wie im Sport. Er hat eine dauerhafte integrative Wirkung.

**Sport bietet für Kinder und Jugendliche vielfältige und unverzichtbare Möglichkeiten ihrer Persönlichkeitsentwicklung.** Bereits im Kindergarten müssen die Weichen gestellt werden, um die motorischen Fähigkeiten zu fördern und einen gesunden Lebensstil von Anfang an zu unterstützen. Danach bieten Ganztagsangebote eine Chance, dass möglichst jedes Kind und jeder Jugendliche seine sportlichen und motorischen Fähigkeiten entdecken und entfalten kann.

**Die SPD setzt sich für die Schaffung einer sportgerechten Stadt Neuss mit einer zukunftsfähigen Sportentwicklungsplanung ein.** Ohne mittel- und langfristige angelegte Investitionen im Sporthaushalt können keine strukturellen Verbesserungen im Sportangebot und mit Rücksicht auf den Haushalt Synergieeffekte erzielt werden.

**Die SPD bekennt sich weiterhin zum Erhalt und der Stärkung unserer stadtteilnahen Sporteinrichtungen, den Bezirkssportanlagen.** Sie sollen in ihren Funktionen erweitert und zu **Sportzentren** entwickelt werden. Die Anlagen müssen außerdem in ihrer qualitativen Ausstattung verbessert und für die Zukunft ertüchtigt werden. Ihrem Angebot entsprechend sollen die Bezirkssportanlagen in Zukunft je nach Ausbaustand sowohl **zentrale wie dezentrale Funktionen** im sportlichen Versorgungsangebot der Stadt übernehmen.

Für Sportarten mit besonderem Schwerpunkt werden so genannte **Sportthemenparks** eingerichtet. Beispielsweise soll auf der **Bezirkssportanlage Reuschenberg** ein **Familien- und Freizeitpark** entstehen. Die vorhandene Fläche der Südpark-Freizeitanlage sowie der Reuschenberger See sollen in die Untersuchungen für ganzjährigen Trendsport und für Jogging mit entsprechender Ausleuchtung eingebunden werden.

**Die zu schaffenden Zentren müssen in ihrer Infrastruktur verbessert werden,** um einen noch höheren Nutzungsgrad zu erzielen; beispielsweise durch Allwetterplätze und Flutlicht im Winter.

Zumindest eine Anlage sollte für höherklassige Fußball (gast-)spiele mit einer Tribüne ausgebaut werden. Darüber hinaus braucht der **Fußballsport** als sportlicher Schwerpunkt Unterstützung, z.B. durch die Anlage von Kunstrasenplätzen. Sollte die Errichtung derartiger Plätze ohne größere ökologische Einschränkungen auch am Stadtwald möglich sein, würden wir dies begrüßen.

**Bereits jetzt nicht mehr genutzte Bezirkssportanlagen,** bzw. aufgrund der demografischen Entwicklung überflüssig werdende Einrichtungen, **werden zurückgebaut.** Die Gelände sollen weiterhin für eine öffentliche Nutzung zur Verfügung stehen.

**Die SPD hat sich immer für die Errichtung einer modernen Leichtathletik-Wettkampfanlage mit einer Kunststoffanlage in Neuss eingesetzt.** Wir unterstützen nachhaltig das Bestreben der Neusser Leichtathletik-Vereine, auf der Ludwig-Wolker Anlage an der Pomona eine derartige Anlage für den Wettkampfsport und den Leistungssport errichten zu wollen.

Wir unterstützen auch den **nicht vereinsgebundenen Sport.** Immerhin werden zwei Drittel aller Sportarten in nicht organisierter Form auf verschiedenen Geländen im Freien ausgeübt.

**Einschränkungen des Sportbetriebs in den Neusser Sportanlagen durch Allgemeinverfügungen der Verwaltung dürfen nicht zum Vorteil einiger Weniger gehen**, wie dies zum Beispiel beim Bauvorhaben auf dem Gelände des Marianums in direkter Nachbarschaft des Jahnstadions der Fall ist.

Das Vorhaben der **Turngemeinde Neuss**, auf dem Gelände des **Jahnstadions** eine Sporthalle mit Vereinszentrum zu errichten, wird die SPD dann positiv begleiten, wenn dies allgemeinverträglich auf dem Gelände realisiert werden kann. Dabei fordern wir eine **bauliche Verknüpfung des TG-Zentrums mit der vorhandenen, jedoch sanierungsbedürftigen Stadionhalle**, um den Freiraum und die Sportanlagen weitgehend vor einer Bebauung zu schützen. Falls die Standortfrage zur Zufriedenheit aller gelöst werden kann, erwarten wir Synergieeffekte in der Nutzung des Jahnstadions, z.B. durch eine höhere Nutzungsfrequenz der Außenanlagen.

Alle sportlich Aktiven sollen auch künftig in Neuss Sport zu bezahlbaren Konditionen betreiben können. Aus diesem Grund **lehnt die SPD jegliche Nutzungsgebühren für den Sportbetrieb auf öffentlichen Anlagen ab**, solange dies für den städtischen Haushalt finanzierbar bleibt. Nutzungsgebühren würden die Vereine in Neuss erheblich belasten und unweigerlich zu Steigerungen der Mitgliedsbeiträge führen.

Bereits existierende erste Planungen des Stadtsportverbandes Neuss für die Errichtung eines **Behindertensportzentrums** unterstützt die SPD uneingeschränkt. Für die Schaffung eines solchen Zentrums ist ein städtisches Grundstück unentgeltlich für dieses Vorhaben zweckgebunden zur Verfügung zu stellen.

Bemühungen von Sportvereinen und Verbänden für Projekte zur Bewegungsförderung und der Talentsichtung an Neusser Schulen, wie zum Beispiel das angedachte Stadtsportverbandsprojekt **„Junger Sport in Neuss“**, begrüßen wir ausdrücklich.

Die **Interessen der Sport- und Schulpolitik** müssen auf Verwaltungsebene zukünftig besser miteinander vernetzt werden.

**„Null Toleranz bei Doping.“** Die SPD setzt sich dafür ein, auch auf kommunaler Ebene weiter nach Möglichkeiten zu suchen, wie den Praktiken im Doping begegnet werden kann. Dazu ist das „Neusser Modell“ eine Möglichkeit, die die SPD Neuss unterstützt. Kommunale Sportförderungen können mit Regelungen zum Anti-Doping erweitert werden.

**Die Einbeziehung der Neusser Sportvereine in die Integrationsbemühungen ist unerlässlich.** Bewegung, Spiel und Sport sind optimale Voraussetzungen, Vorurteile gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund abzubauen und die gegenseitige Toleranz zu fördern. Finanzielle Unterstützung soll jedem Sportverein zukommen, der sich im Rahmen des Programms für die Integrationsarbeit engagieren möchte. Die SPD setzt sich dafür ein, erkannte Defizite abzubauen. So sollen stadtweite Wettbewerbe, die das Anliegen **„Integration durch Sport“** in besonderem Maße fördern, bestmöglich unterstützt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die **Sportförderrichtlinien** entsprechend erweitert und ergänzt werden.

**Der Sportaustausch mit den Neusser Partnerstädten muss intensiver gefördert werden**, besonders zu den neuen türkischen Partnerstädten Nevsehir und Bolu.



## Für eine Stadt mit soliden Finanzen.

**Grundlage für solide Finanzen der Stadt sind wirtschaftlich starke Unternehmen und Gewerbetreibende sowie sichere Arbeitsplätze** mit auskömmlichen Einkommen. Wir wollen daher alles dafür tun, dass Unternehmen in der Stadt Neuss bessere Rahmenbedingungen vorfinden, die es ihnen ermöglichen, erfolgreich im Wettbewerb zu bestehen und Arbeitsplätze zu schaffen bzw. zu erhalten. Nur so können Unternehmen und die Bürgerinnen und Bürger ihren Beitrag zur Finanzierung der städtischen Aufgaben leisten.

**Solide und generationengerechte städtische Finanzen bilden das Fundament sozialdemokratischer Kommunalpolitik.** Jede Generation muss ihre Bedürfnisse und Ansprüche selbst finanzieren, ohne das Vermögen der Nachfolgenden aufzuzehren. Die Ausgleichsrücklage ist daher in angemessenem Rahmen zu erhalten und in wirtschaftlich starken Zeiten aufzubauen.

Eine hohe Ausgleichsrücklage ist aber kein Selbstzweck: In Zeiten wirtschaftlicher Stagnation muss eine Stadt mit einer finanzstarken Basis wie die Stadt Neuss auch ihren Beitrag zur wirtschaftlichen Prosperität leisten und antizyklisch handeln. Hauptaugenmerk sollte dabei auf der Substanz erhaltenden Investition in die Infrastruktur und der energetischen Sanierung der Gebäude liegen. **Die jahrelange bauliche Vernachlässigung von Schulen, Straßen und Sporteinrichtungen zugunsten von Prestigeobjekten muss ein Ende haben.** Der aufgelaufene Sanierungsstau in diesen Bereichen muss noch konsequenter angepackt und zeitnäher abgearbeitet werden.

**Nur nachhaltige Investitionen, also solche, die auch den Haushalt mittelfristig entlasten, können eine weitere Verschuldung der Stadt rechtfertigen.** Die Stadt Neuss hat zwar relativ hohe Vermögenswerte, ihre Verschuldung ist aber auch über ausgegliederte Bereiche enorm hoch. Die damit verbundenen Lasten müssen generationengerecht verteilt werden. Nicht zwingend benötigte Vermögenswerte wie z.B. Aktienbestände bei der RWE dürfen daher zur Disposition gestellt werden, wenn damit andere Vermögenswerte geschaffen werden können.

**Der städtische Haushalt und die Haushalte der Töchter und Beteiligungen sind keine Experimentierfelder für Spekulationsmodelle und undurchsichtige Finanzgeschäfte:** Cross-Border-Leasing, risikoreiche Zinsderivatgeschäfte und ausländische Fondsanlagen lehnen wir entschieden ab.

**Die Aufstellung und Abwicklung des Haushaltes der Stadt hat vielmehr transparent für Politik und Bürger zu erfolgen,** um ein Höchstmaß an Teilhabe an kommunaler Finanzpolitik zu erreichen. Das Internet bietet dabei eine schnelle und barrierearme Möglichkeit, die Vereine, Institutionen und den einzelnen Bürger mit einzubeziehen. Wir wollen einen echten Bürgerhaushalt mit Transparenz.

**Die Gebührenhaushalte sind ständig auf Einsparpotentiale hin zu untersuchen,** Gebührensenkungen dürfen nicht nur in Wahljahren erfolgen. Zum Erhalt der Leistungsfähigkeit der Stadt ist die örtliche Wirtschaft angemessen zu beteiligen, ein Unterbietungswettbewerb mit den umliegenden Städten bei der Gewerbesteuer ist der falsche Weg.